



Für ein Europa der Arbeitenden und nicht der Bosse

In drei Bundesländern stehen Wahlen an, dazu Kommunalwahlen und die Europawahlen im Juni. Also ist das Straßenbild wieder von Wahlplakaten geprägt. Die Nachrichten laufen über von jubelnden Parteitagen. Dieses inhaltsleere Wahltheater ist Lichtjahre weg von der Lebensrealität von Millionen Menschen. Nur, wenn man sich nicht einfach die Decke übern Kopf ziehen will, was dann? Was tun?

Die Regierungen und die Bundestagsparteien wollen unsere Stimme für den Wahltag ergaunern, aber ansonsten wollen sie, dass wir die Klappe halten und alles erdulden, was sie mit uns vorhaben.

Sie verpacken das hinter Slogans „die Fleißigen belohnen“ und „Mehr Freiheit und weniger Staat“ und „Freiheit, Sicherheit, Wohlstand“. Aber was sie vorhaben ist die Streichung des Bürgergeldes, Kürzung der Renten, noch mehr Privatisierung, längeres Arbeiten und Aufrüstung. Sie wissen genau, dass für die meisten von uns das Leben nicht rosig ist. Aber sie wollen noch eins drauf legen.

Das Problem mit den Mieten ist schon völlig irre. Von Wohnungskonzernen wird die Wohnungsnot schamlos ausgenutzt, um Mieten von 1.400 oder 1.600 Euro zu nehmen. Es fehlen Pflegekräfte, Bahner:innen, Lehrkräfte, Leute in den Verwaltungen.... die Straßen sind kaputt, auch die Gleise, Kliniken, die kommunalen Kassen leer. Während Corona wurden alle beklatscht, das sollte reichen. Schon vor 30 Jahren startete eine neoliberale Spar- und Privatisierungsorgie, um den Profithunger großer Konzerne und Investmentfonds zu bedienen. In derselben Zeit sind die Gewinne der großen Konzerne und Banken und das Vermögen der Superreichen unverschrämt gestiegen. Wird eine der Parteien, die uns wieder das Blaue vom Himmel versprechen, unsere Probleme lösen wollen? Könnten sie es? Die Frage zu stellen, heißt schon die Antwort zu wissen.

Die Inflation ist kein Thema in diesem Wahlkampf, dabei sind die Preise weiter hoch und deutlich über dem, was es hier und da an Lohnerhöhungen gegeben hat. Noch schlimmer, während der vergangenen Streiks verlangten Politiker:innen „Mäßigung“ oder gar eine Beschneidung des Streikrechts.

Keine Alternative

Ach ja, diese Hetzer von der AfD spekulieren darauf, von all dem Ärger zu profitieren. Aber was soll man über Leute denken, die mit Begierde Geld aus obskuren Quellen in Russland, China oder Schweiz nehmen, um sich zu verkaufen für welche Interessen auch immer? Sie sind nicht besser, als die an-

deren im „Big Business“. Alternative für Deutschland? Alternative für... sich selbst, das sind sie.

Ein Europa der Kriege, ein Europa, indem der Anteil der Bevölkerung mit prekären Bedingungen wächst und an dessen Grenzen die Flüchtlinge sterben... das steckt hinter den Wahlprogrammen der Regierungsparteien. Das ist nicht das Europa, das wir uns als Arbeitende und als Jugend wünschen!

Eine Alternative

Nicht zu viel darüber grübeln, was wählen. Aber auch nicht verzweifeln. Besser grübeln, wie wir uns selbst organisieren, innerhalb und außerhalb von Streiksituationen. Kolleg:innen der Servicetöchter der Unikliniken in Bayern streiken gerade für Lohnerhöhung. Bei den Häfen geht jetzt die Lohnrunde los. Auch die Kolleg:innen der Charité Servicemanagement GmbH bereiten den Streik 2025 vor, um endlich eine bessere Bezahlung durchzusetzen. Im Bündnis „Zwangsräumungen verhindern“ organisieren sich Mieter:innen, um auf den Wahnsinn aufmerksam zu machen, sich gegenseitig zu beraten und Räumungen möglichst zu verhindern. Überall an den Universitäten schlagen die Studierenden Zelte auf und prangern gemeinsam mit jüdischen Aktivist:innen das Massaker in Gaza an. Sie zeigen Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung und stellen sich gegen die Kriegspolitik der Regierungen. Das ist nicht antisemitisch und kein Bekenntnis zu Hamas & Co. Die Politiker:innen und Uni-Leitungen machen diese Proteste nervös, weil sie sich wie damals während des Vietnamkrieges ausbreiten könnten. Die Jugend macht sich Sorgen über die Zukunft: eine Zukunft mit endlosen Kriegen für den Profit der Rüstungskonzerne und zur Verteidigung der Interessen der imperialistischen Großmächte. Denn Kapitalismus bedeutet Krieg, geführt auf dem Rücken der Völker dieser Welt.

Die Wahlkämpfe kommen und gehen. Für uns ist bedeutend, dass wir auf unsere Interessen als arbeitende Klasse schauen, uns organisieren um unsere Forderungen: Arbeitende, Studierende, Rentner:innen, Migrant:innen aller Länder, vereinigen wir uns in unseren Kämpfen für ein besseres Leben.

Von Kolleg_innen für Kolleg_innen...

Schöner Schlamassel in Stuttgart

Die Deutsche Bahn hatte Baden-Württemberg, die Stadt Stuttgart und andere verklagt, damit die einen Teil der gestiegenen Kosten für Stuttgart 21 übernehmen. Ursprünglich war mal von 4,5 Milliarden Euro die Rede, inzwischen redet man von 11,8 Mrd. Kosten. Das Verwaltungsgericht hat die Klage der DB abgewiesen.

Die Protestierenden in Stuttgart hatten schon 2010 vorgerechnet, dass die Kalkulation nicht stimmt, dass das Projekt schlecht ist für den Bahnverkehr und nur gut für Finanzinstitute, Immobilienfirmen und Bauwirtschaft. Sie haben fehlende Demokratie bei einem so großen Projekt beklagt, ein Projekt, das die staatlichen Kassen plündern würde. Sie hatten Recht. Das hatte alle in Politik, Wirtschaft und DB nervös gemacht. Den Protestierenden wurde prügelnde Polizei und Wasserwerfer auf den Hals gehetzt. Aber die Protestierenden hatten Recht.

Akutes Abhängigkeitsproblem

Jetzt steht die Eurobahn im Zentrum der Aufmerksamkeit: wegen „akuten Personalmangels“ haben sie den Verkehr massiv eingeschränkt. Sogar die Unternehmen der Region Westfalen-Lippe beklagen sich schon, weil ihre Leute nicht zur Arbeit kommen. Könnte sein, dass das Bundesland die Strecken übernimmt. Kommt einem alles bekannt vor.

Die Bahnreform mit den Streckenprivatisierungen und ständigen Ausschreibungen war wirklich eine sehr geniale Idee. Wenn alles immer neu verhackstückt wird, kann ganz bestimmt langfristig Personal und ein guter ÖPNV aufgebaut werden, bestimmt. Die Bahnindustrie verdient daran jedenfalls. Finanzinstitute und Beraterfirmen auch. Wenn man so will, jede Krise ist auch ein Geschenk... Deshalb machen sie immer weiter wie Drogenabhängige.

Und bei der Ausschreibung der S-Bahn, wie sieht es da aus? Neuausschreibung? Oder endlich Stopp mit dieser Verrücktheit. Dass mit den Streckenvergaben muss aufhören, alles muss verstaatlicht und ausfinanziert werden!

Ohne Sicherheit kein Fußballmärchen?

Die EVG hat angekündigt, dass man dafür sorgen werde, dass die Züge während der EM nicht fahren, wenn die DB nicht sicherstellt, dass die Bahner:innen in sicheren Zügen unterwegs sind.

Das wäre eine gute Reaktion, um das Thema zu platzieren. Gefährdungsanzeigen, Überstunden abbauen, Doppelbesetzung der Züge als Arbeitsschutzmaßnahme (z.B. der S-Bahnen zum Olympiastadion), die EVG spricht sogar von Arbeitsniederlegung. Wird es Betriebsräte geben, die Schichten ablehnen, weil es an Schutzmaßnahmen fehlt? Ideen gibt es einige...

Mit viel Personal kann man viel erreichen

Jeden Tag passiert ein Beinahe-Unfall oder man wird aggressiv angequatscht oder schlimmer. Fahrgäste latschen über Gleise, da wundert man sich. Man kann sich als Lokführer auch mal verbremsten und dann erwischt man die. In Großstädten passiert einfach alles, was es an Verrücktheit und Arroganz in dieser Gesellschaft gibt.

Deshalb gehört Personal auf die Bahnsteige. Wenn zum Beispiel eine Aufsicht da wäre, die was auf Tasche hat, die könnte reagieren. Aber es ist keiner mehr da und die Leute wissen das. Es ist nicht nur ein subjektives Gefühl, dass das mehr Sicherheit bringt, wenn jemand den Bahnsteig im Blick hat. Aber die DB hat alles eingespart und das EBA segnet das ab. Das ist nicht weniger verrückt als die Verrücktheiten, die man von Fahrgästen kennt. Das ist sogar schlimmer, weil damit Fahrgäste gefährdet werden und wir selbst auch. Denn schon beinahe-Unfälle und aggressive Situationen sind psychisch belastend. Da muss nicht mal was wirklich schlimmes passieren.

Überall werden Leute eingespart, das ist so ein genetischer Defekt im Kapitalismus. Normalerweise müsste man Dienst nach Vorschrift machen.

Fair? Mal sehn

Im Juni wird ein Urteil des Landesarbeitsgerichts Hessen die Frage aller Fragen beantworten: haben GDLer in blauen Betrieben Anspruch auf Leistungen aus dem FainnessPlan?

Abwarten und Wut sammeln...

Das TEG muss weg

Die 1 Million Frage ist auch noch ungeklärt: wieviele GDL-Mitglieder und wieviele EVG-Mitglieder gibt es bei Regio? Wie zählt man das und wie oft? Man könnte natürlich alle Mitglieder.... zählen. Alle haben gestreikt, jede wird schon irgendwie wissen, ob sie Mitglied einer Gewerkschaft ist und welchen Tarifvertrag sie will.

Aber warum einfach und demokratisch? Besser, man befragt Experten. Was wäre die Welt ohne Gutachter und Notare?

Rheinland-Pfalz: DB Regio-Kollegen im Streik

Die Busfahrerinnen und Busfahrer von DB Regio streiken bis Pfingsten. Im privaten Busverkehr RLP laufen Tarifverhandlungen für 500 Euro mehr Lohn plus Inflationsprämie. Die Busunternehmen verstecken sich hinter Finanzierungsproblemen.

Viel Schwung und Erfolg für die Regio Bus-Kolleg:innen!

Wenn dir das Flugblatt gefällt, dann gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter und schreib an:

flugblatt_bahn@gmx.de || www.zugfunke.sozialismus.click



Facebook: Der Zugfunke

V.i.S.d.P.: Florian Sund, Schmarjestr. 17 14169 Berlin